

Neue Strukturen für den Kanton Glarus



Naturnahe, unberührte Landschaften, wohnliche Ortschaften und die kleinste Hauptstadt der Schweiz: Glarus ist ein Kanton mit unzähligen schönen Seiten

Die Gemeindefestrukturreform – die wichtigste Investition in unsere Zukunft

Liebe Glarnerinnen, liebe Glarner

An der Landsgemeinde vom 7. Mai 2006 stimmen Sie über eine der bedeutendsten Vorlagen für den Kanton Glarus seit der Revision der Kantonsverfassung von 1887 ab. Es geht darum, das Fürsorge- und Vormundschaftswesen dem Kanton zu übertragen sowie die Schulen, Tagwen und Ortsgemeinden in Einheitsgemeinden zusammenzufassen und diese auf zehn zu begrenzen.

Dieses Reformvorhaben, davon sind der Regierungsrat und der Landrat überzeugt, ist eine zentrale Investition in die Zukunft unseres Kantons. Wieso? Der Kanton Glarus ist ein Kanton mit vielen Qualitäten und Stärken. Unsere Wohn- und Lebensqualität ist überdurchschnittlich gut. In unmittelbarer Nachbarschaft zum starken Wirtschaftskanton Zürich bieten wir für Industrie und Dienstleistungen attraktive und preiswerte Standorte und könnten als Tourismuskanton starke Trümpfe ausspielen. Aber diese Stärken nutzen wir viel zu wenig. Im Gegenteil: Ein erheblicher Teil der jungen, erwerbstätigen Bevölkerung verlässt unseren schönen Kanton, weil die Berufsperspektiven anderswo besser scheinen. Die Kassen vieler Gemeinden und diejenige des Kantons sind leer. Und obwohl die Glarner Wirtschaft immer wieder positive Signale ausstrahlt, so kann doch nicht von einer veritablen Kehrtwende bei der Schaffung neuer, zukunftsweisender Arbeitsplätze gesprochen werden.

Das ist die Realität. In den letzten Jahren haben Sie, liebe Glarnerinnen und Glarner, zahlreichen Reformvorhaben der Regierung und des Landrates zugestimmt, und damit wichtige Schritte zur Gesundung des Kantons unternommen. Diese Schritte haben in ihren Bereichen Wirkung gezeigt. Nun steht der wohl wichtigste bevor. Denn ein wesentlicher Grund für viele Probleme liegt in der äusserst kleinräumigen Struktur unseres Kantons. Viele Grenzen durchziehen das Glarnerland wie kaum überwindbare Zäune und verhindern so manche dynamische, zukunftsweisende Lösungen. Es sind kostspielige Strukturen, weil die Verwaltung dieser komplizierten Strukturen sehr aufwändig ist. Die Organisation unseres Kantons ist gemessen an den Herausforderungen, die wir bewältigen müssen, nicht mehr zeitgemäss.

Die Gemeindefestrukturreform gibt hier Gegensteuer. Sie schafft einfachere, überblickbarere Strukturen die zeitgemässes Handeln erlauben. Und sie hilft Geld zu sparen. Rund 4,5 Millionen Franken pro Jahr allein bei den Gemeinden. Geld, das später die Attraktivität der Gemeinden als Wirtschafts-, Wohn- und Tourismusort steigert, die Entwicklungsfähigkeit des ganzen Kantons fördert und damit für eine positive Gestaltung der Zukunft zur Verfügung steht. Glarus hat in seiner Geschichte immer wieder bewiesen, dass er vorwärts geht, neues wagt und Herausforderungen mit Bravour meistert. Das müssen wir nun auch wieder tun: Mit der Gemeindefestrukturreform.

Deshalb bitten wir Sie, an der Landsgemeinde 2006 dem wegweisenden Reformwerk zuzustimmen. Denn nur indem wir den Wandel wagen, werden wir bewahren, was uns wichtig ist: Ein einzigartiger Kanton, der uns und unseren Familien eine vielfältige Heimat mit Zukunft zum Wohnen und Arbeiten gibt. Wir bitten Sie um Ihre Unterstützung und danken Ihnen dafür!

Der Regierungsrat des Kantons Glarus

Jakob Kamm, Landammann
Willy Kamm, Landestatthalter
Marianne Dürst,
Vorsteherin Direktion des Innern
Robert Marti, Sanitäts- und Fürsorgedirektor
Pankraz Freitag, Baudirektor
Rolf Widmer, Direktor für Landwirtschaft,
Wald und Umwelt
Franz Schiesser, Polizei- und Militärdirektor

Herausforderungen auf einen Blick

Kanton
Rückgang der Bevölkerung
Überalterung
Wirtschaftliche Stagnation
Wachsende Verschuldung
Unterdurchschnittliches Einkommenswachstum
Sinkende Wettbewerbsfähigkeit
Verkehrsprobleme
Hoher Leerwohnungsbestand
Fabrik- und Ladenschliessungen in Randregionen

Gemeinden
Gemeindeaufgaben werden vielfältiger/komplexer
Abnehmende Bereitschaft zur Freiwilligenarbeit
Strukturschwache Gemeinden
Unterkritische Gemeindegrösse
Abbau des Service Public
Schwindender Handlungsspielraum
Grosses Gefälle zwischen Gemeinden
Rückgang Steuererträge / Steigende Ausgaben
Geburtenrückgang
Zunehmender Druck Bund - Kanton - Gemeinden

Der Kanton Glarus muss zahlreiche Herausforderungen bewältigen. Nur wenn er dies erfolgreich tut, kann er im Standortwettbewerb mit anderen Kantonen bestehen. Welches sind die zentralen Hürden, die es zu nehmen gilt?

Komplizierte Strukturen hemmen die Entwicklung

Die Strukturen im Kanton Glarus sind kompliziert und kleinräumig. Der Kanton Glarus verfügt, mit rund 38 000 Einwohnerinnen und Einwohnern – das entspricht der Bevölkerung einer kleineren Schweizer Stadt – über 70 Körperschaften: Ortsgemeinden, Schulgemeinden, Fürsorgegemeinden, Tagwen und alle Formen von Zusammenschlüssen und Verbindungen. Das macht Entscheidungsfindungen und das Umsetzen wirksamer Strategien sowohl für den Wohnort wie für den Wirtschaftsstandort Glarus schwierig und schwerfällig.

Ernste Finanzsituation

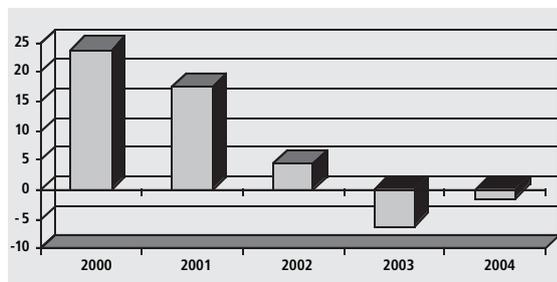
Viele Glarner Gemeinden sind nur dank finanzieller Unterstützung des Kantons lebensfähig. Auch die Finanzsituation vieler Schulgemeinden ist alarmierend, und bei den Fürsorgegemeinden hat sich die Finanzsituation seit 2000 deutlich verschlechtert. Das Gesamtvermögen der Glarner Gemeinden be-

trug im Jahr 2000 noch 25 Mio. Franken. 2004 ist es einer Nettoschuld von 1 Mio. Franken gewichen, während der Kanton sogar eine Nettoschuld von über 100 Mio. Franken trotz Goldreserven ausweist. Glarus lebt auf Kosten der kommenden Generationen. Das darf nicht sein.

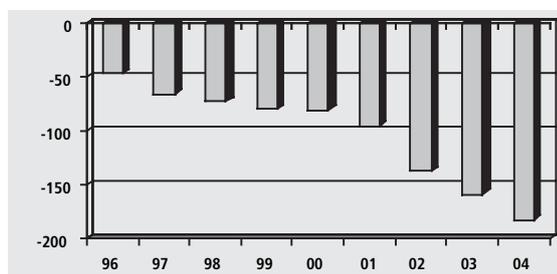
Stagnierende Bevölkerung und überalterte Bevölkerungsstruktur

Die Schweizer Bevölkerung wächst, die Glarner Bevölkerung stagniert. Zwischen 1960 und 2001 waren die Bevölkerungszahlen stark rückläufig, seither bleibt sie etwa gleich. Während das Unterland wächst, ist das Mittelland stabil und das Hinterland verliert an Bevölkerung. Die demographische Entwicklung ist ungünstig, der Anteil älterer Mitbürger und Mitbürgerinnen an der Gesamtbevölkerung nimmt rasch zu. Die rasch wachsende Zahl älterer Menschen und die Schrumpfung der jüngeren Altersgruppe wird negative Folgen haben für die Bildung, die Gesundheit, den Arbeitsmarkt, die soziale Sicherheit und das Wohnen.

Die Gemeindevermögen sind aufgebraucht



Die Kantonsschulden steigen

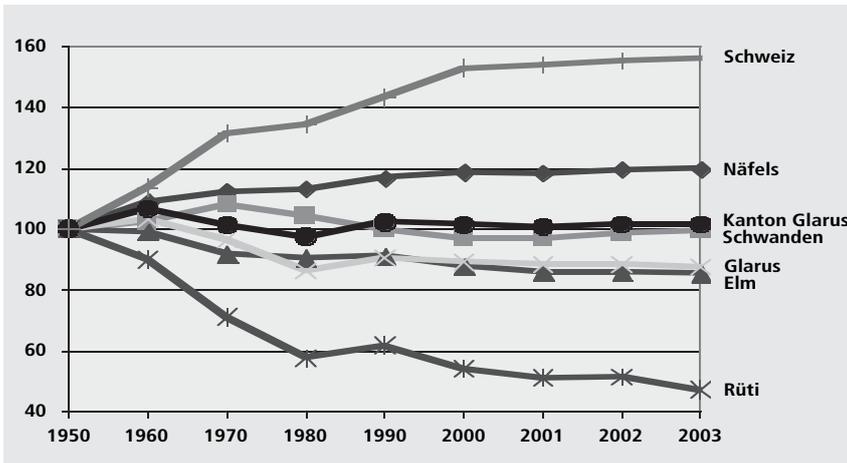


Milizsystem am Limit

Viele kommunale Körperschaften haben Probleme, geeignete Leute für die zahlreichen Aufgaben zu finden. Dazu kommt, dass die Anforderungen in Zukunft noch viel komplexer werden und in vielen Bereichen fundiertes Fachwissen voraussetzen. Ein Milizsystem, das in kleinen und kleinsten Räumen funktionieren muss, stösst hier an Grenzen.

Die Schule vor einem Paradigmawechsel

Viele unserer Schulgemeinden befinden sich in einer prekären finanziellen Situation. Zudem gehen die Schülerzahlen markant zurück. Auf das Schulwesen aber kommen zahlreiche neue Aufgaben zu: Neue Lerninhalte, die Schaffung von Tagesstrukturen, die Schaffung geleiteter Schulen usw. Gute Schulen sind eine wesentliche Voraussetzung für einen attraktiven Wohnstandort.



Seit vielen Jahren stagniert die Glarner Bevölkerung

Ein Fürsorge- und Vormundschaftswesen, das komplexer wird

Die Fürsorge- und Vormundschaftsfälle wachsen rasch an. Gleichzeitig werden sie komplexer und anspruchsvoller. Viele der im Milizsystem tätigen Personen stossen an Grenzen und fordern Unterstützung beim Kanton an. Ein qualitativ hoch stehendes Sozialwesen muss gesichert werden.

Die Lösung:

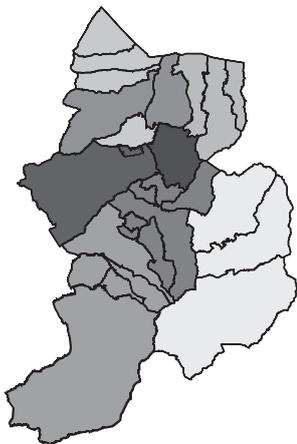
Eine mutige Reform für neue Perspektiven

In einem umfassenden, und breit abgestützten Prozess haben eine rund 50 Personen umfassende Projektgruppe, der Regierungsrat und der Landrat folgende Lösungen entwickelt, um die Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen: Das Fürsorge- und Vormundschaftswesen soll dem Kanton übertragen, Schulgemeinden, Tagwen und Ortsgemeinden in Einheitsgemeinden zusammengeschlossen und die Zahl der Gemeinden soll auf zehn reduziert werden.

Die zehn Einheitsgemeinden – Heimat mit Zukunft für 38 000 Glarner/-innen

Der Kanton Glarus braucht starke und leistungsfähige Gemeinden, die ihre Aufgaben optimal wahrnehmen können. Die Entwicklung einer Gemeinde setzt aber eine gewisse Grösse voraus – zum Beispiel in der Raumplanung, in der Verkehrserschliessung und in der Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung. Mit dem Zusammenschluss der Gemeinden setzen die Projektgruppe, der Regierungsrat und der Landrat positive Signale für den Wirtschaftsstandort Glarus, für die Entwicklung eines attraktiven Schulwesens und dadurch für den Wohnort Kanton Glarus sowie für die Gesundung der Finanzen bei den vielen finanziell angeschlagenen Gemeinden und beim Kanton.

Die zehn neuen Gemeinden des Kantons Glarus



Planungsregion Unterland (15 985 Einwohner/-innen)

- Bilten, Niederurnen, Oberurnen (7558 Einwohner/-innen)
- Näfels (3953 Einwohner/-innen)
- Mollis (3034 Einwohner/-innen)
- Filzbach, Obstalden, Mühlehorn (1440 Einwohner/-innen)

Planungsregion Mittelland (11 998 Einwohner/-innen)

- Netstal (2886 Einwohner/-innen)
- Glarus, Riedern (6412 Einwohner/-innen)
- Ennenda (2700 Einwohner/-innen)

Planungsregion Hinterland (10 290 Einwohner/-innen)

- Mittlödi, Schwändi, Sool, Schwanden, Haslen, Nidfurn, Leuggelbach (5335 Einwohner/-innen)
- Luchsingen, Betschwanden, Rüti, Braunwald, Linthal (3191 Einwohner/-innen)
- Engi, Matt, Elm (1764 Einwohner/-innen)

Bei der Bildung der neuen Gemeinden haben Projektgruppe, Regierungsrat und Landrat darauf geachtet, dass sich Gemeinden zusammenschliessen, die bereits eine intensive interkommunale Zusammenarbeit pflegen, dass eine Mindestgrösse erreicht wird, und dass keine Gemeinde so gross wird, dass sie den Rest des Kantons dominieren kann. Bei den zwei kleinsten Gemeinden «Kerenzen» und «Sernftal» war der geographische Aspekt sehr wichtig, da sie aus Sicht des Regierungsrates räumlich selbständige Einheiten bilden.

Die Chancen der Reform



Die Gemeindestrukturreform ist eine Chance für zukunftsweisende Arbeitsplätze

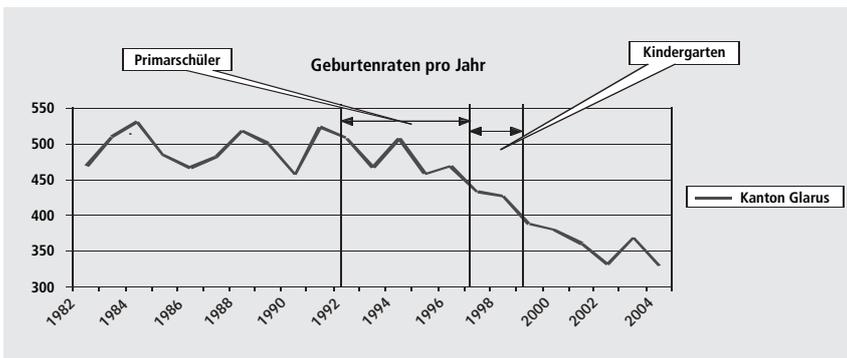
Mit der Schaffung von zehn Einheitsgemeinden entstehen in den drei Planungsregionen Gemeinden mit vielen Chancen – für Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen und für den Kanton:

- Die Gemeinden werden konkurrenzfähiger. Sie bilden einen sinnvollen Wirtschafts- und Entwicklungsraum. Sie erhöhen somit die Chancen auf neue, attraktive Arbeitsplätze und steigern die Anziehungskraft als Wohnort auch für jüngere Familien.
- Die neuen Gemeinden haben eine Grösse, die sicherstellt, dass sie ihre Aufgaben finanziell effizient und personell effektiv erfüllen können.
- Die neuen Gemeinden basieren auf bereits gewachsenen Strukturen, berücksichtigen die topographischen Grenzen und stärken die traditionellen Planungsregionen.
- Der Service public wird verbessert, da die Gemeinden leistungsfähig und attraktiv sind, gleichzeitig aber kostengünstig arbeiten können.
- Heute verfügen viele Gemeinden nur noch scheinbar über weitgehende Autonomie. In den neuen Gemeinden wird die kommunale Autonomie gestärkt.

- Die Arbeit in den Gemeindeverwaltungen gewinnt an Attraktivität, da die Arbeitsgebiete anspruchsvoller werden, die Perspektiven wachsen und die Teams grösser sind.
- Die Reform hilft, sehr viel Geld einzusparen. Berechnungen, welche von externer Stelle überprüft wurden, ergeben ein Einsparungspotential von 4,5 Millionen Franken pro Jahr. Dieses Potential kann natürlich nur erreicht werden, wenn auch in Zukunft sparsam mit dem Steuerfranken umgegangen wird.

Gleichzeitig bewahrt die Strukturreform, was den Bürgerinnen und Bürgern wichtig ist. Die Einzigartigkeit der Ortschaften bleibt bestehen. Durch die Reduktion der Behördenmitglieder können sich engagierte Bürgerinnen und Bürger sogar wieder besser um Aspekte des Gemeindelebens kümmern, die heute möglicherweise etwas zu kurz kommen, zum Beispiel um kulturelle Fragen und örtliche Traditionen. Selbst die Ortsnamen gehen nicht verloren. Mitlödi bleibt Mitlödi, auch in einer grösseren Gemeinde Schwanden. Unter das Ortsschild kommt einfach noch der Zusatz «Gemeinde Schwanden». Engi bleibt Engi. Der Ortsname erhält lediglich den Zusatz «Elm» usw.

Die Glarner Schulen: Qualität und Perspektiven in der Einheitsgemeinde



Sinkende Schülerzahlen

Ein gutes Schulwesen, das unserer Jugend Perspektiven und Chancen bietet, ist zentral für den Kanton Glarus. Durch die Schaffung grosser Schulgemeinden und deren Integration in die Einheitsgemeinden wird dieses Ziel erreicht.

Glarus hat stark sinkende Schülerzahlen. Lagen Sie Mitte der Neunzigerjahre noch bei rund 500 Schülerinnen und Schülern pro Jahrgang, scheinen sie sich nun bei rund 350 einzupendeln. Das führt

dazu, dass es weniger Schulklassen und Kindergärten braucht.

Die Struktur des Glarner Schulwesens ist kompliziert. Der Kanton zählt 20 Schulgemeinden, die in einer teilweise verwirrenden Strukturvielfalt (Primarschulkreise, Oberstufenschulkreise, Kleinklassenkreise) funktionieren müssen. Die Finanzlage vieler Schulgemeinden ist äusserst heikel. In der Privatwirtschaft hätten verschiedene Schulgemeinden längst Konkurs anmelden müssen. Leere Kassen aber sind kein guter pädagogischer Ratgeber: Das Schulwesen steht vor neuen pädagogischen Herausforderungen, wie die Schaffung von Tagesstrukturen und Schulleitung, die individuelle Förderung der Lernenden und neue Lerninhalte sowie ein gesellschaftliches Umfeld, das an die Lehrkräfte steigende Anforderungen stellt. Eltern und Schüler erwarten, dass das Glarner Schulwesen zeitgemäss ist.

Die Schaffung grosser Schulgemeinden und deren Integration in Einheitsgemeinden leistet einen wesentlichen Beitrag, diese Herausforderungen zu

bewältigen. Sie erlaubt, die Qualität des Glarner Schulwesens zu steigern, indem es zu einer besseren Durchmischung der Lernendengruppen kommt, indem ausgeglichene Klasseneinheiten und ein homogenerer Schulbetrieb möglich werden. Und sie bieten ein erhebliches Sparpotential. Zwar kann die Schule primär durch eine geschickte Schulplanung sparen. Diese wird aber in grossen Schulgemeinden leichter – und wenn diese noch Teil von Einheitsgemeinden sind, steigert sich der Effekt. Der Ober-

stufenbereich kann nur in den drei Planungsregionen Hinter-, Mittel- und Unterland vernünftig gelöst werden. Hingegen ermöglicht das 10er-Modell jeder Gemeinde den Kindergarten und die Primarschule selbständig zu führen.

Qualitativ gute Schulen wirken sich positiv auf die Wohnattraktivität des Kantons Glarus aus. Stimmen Sie deshalb der Schaffung von grossen Schulgemeinden als Teil der Einheitsgemeinden zu.

Die Tagwen: Abschluss eines Integrationsprozesses

«Die Strukturreform hilft bewahren, was uns in unserer Heimat Glarus wirklich wichtig ist.»



Tagwen sind traditionsreiche Körperschaften im Kanton Glarus. Seit 1988 aber stellen die Tagwen keine eigenen Organe mehr. Die Behörden und Angestellten der Ortsgemeinden besorgen die Aufgaben der Tagwen. Mit Ausnahme von Linthal sind Tagwen und Ortsgemeinden im Alltag bereits zusammengewachsen. Durch den Landsgemeindebeschluss 2003 mit der gegenseitigen finanziellen Unterstützungspflicht ist der Zusammenschluss praktisch bereits weitgehend Realität. Die Integration der Tagwen in die Einheitsgemeinden ist der letzte Schritt eines langjährigen Integrationsprozesses.

Das Fürsorge- und Vormundschaftswesen: Beim Kanton gut aufgehoben

Im Sozialwesen stösst das Milizsystem an seine Grenzen. Die Anzahl der Fürsorgefälle und deren Komplexität steigen seit Jahren laufend an. Immer wieder sehen sich örtliche Behörden mit Juristen konfrontiert und suchen Unterstützung beim Kanton. Im Vormundschaftswesen plant der Bund tiefgreifende Reformen, welche das Milizsystem nachhaltig in Frage stellen. Die Kosten des Fürsorgewesens haben in den letzten Jahren laufend zugenommen, zwischen 2000 und 2004 allein um 36,9 Prozent. Viele Fürsorgegemeinden sind heute defizitär, ein kleiner Teil ist sogar verschuldet.

Die Übertragung des Fürsorgewesens an den Kanton erlaubt den vermehrten Einsatz von Fachpersonal und die Rekrutierung von Personen mit grosser Erfahrung und Sozialkompetenz. Eine

schlanke Organisation wird sicherstellen, dass die verschiedenen Institutionen frühzeitig und gut zusammenspannen, und innerhalb des Teams verschiedene Spezialisten arbeiten. Für die Klientinnen und Klienten werden die Strukturen klar und übersichtlich: Es gibt nur noch eine Anlaufstelle, und sie müssen nicht damit rechnen, von einer Gemeinde zur anderen abgeschoben zu werden. Finanziell wird diese Reform kurzfristig nur wenig Geld einsparen. Durch ein striktes Kostenmanagement aber stellt der Regierungsrat sicher, dass nicht Mehrkosten entstehen. Eine nicht zu vernachlässigende Schwachstelle der kantonalen Lösung bildet die Distanz zu den Hilfesuchenden. Um die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern zu gewährleisten sind ca. drei regionale Stützpunkte vorgesehen. Insgesamt überwiegen die Vorteile einer Kantonalisierung deutlich.

Ausgleich der Gemeindeschulden – faire Chancen für einen Neustart

Die Finanzsituation der Glarner Gemeinden ist heute sehr unterschiedlich. Während die einen Gemeinden noch über Vermögen verfügen, sind andere überschuldet. Nicht alle Gemeinden, die heute rote Zahlen schreiben, sind selber schuld an ihrer unglücklichen, finanziellen Situation. In manchen Gemeinden sind die Rahmenbedingungen derart schwierig, dass sie ohne Unterstützung des Kantons gar nicht mehr überleben könnten.

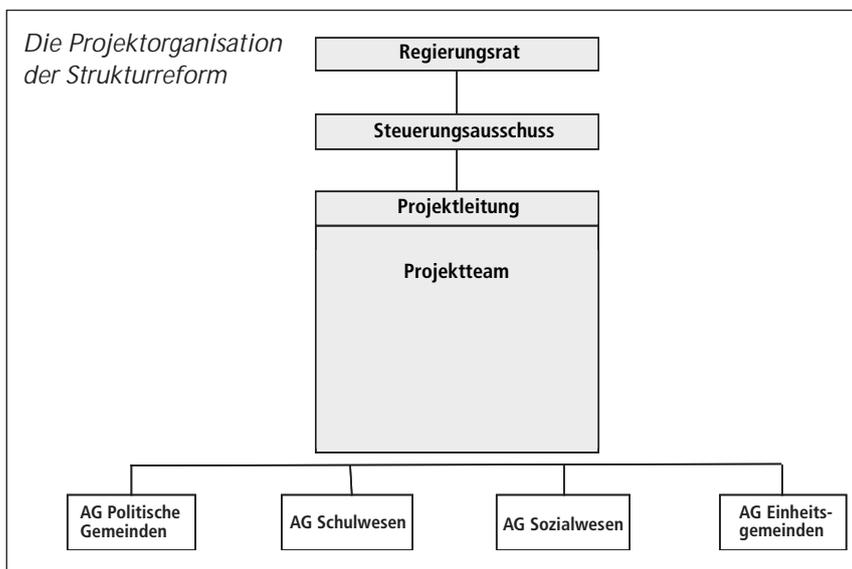
Für wohlhabende Gemeinden ist es aber gleichwohl schwierig, sich mit verschuldeten Partnern zusammenzuschliessen. Die Bevölkerung könnte befürchten, durch den Zusammenschluss Vermögen zu verlieren. Das gilt es zu verhindern.

Der Regierungsrat hat deshalb entschieden, 16 Millionen Franken zum Ausgleich der unterschiedlichen Gemeindevermögen bereitzustellen. Zwölf Millionen Franken steuert er aus den Steuerreserven bei, vier Millionen will er dem Effizienzfonds bzw.

dem Fonds zur Förderung von Gemeindegemeinschaften entnehmen. Mit dieser Massnahme kann er die Bilanzfehlbeträge beseitigen und die meisten Nettoschulden ausgleichen. Zwei Ausnahmen gilt es dabei zu erwähnen: Die Nettoschuld von Näfels wird nicht ausgeglichen, da Näfels bereits heute eine Einheitsgemeinde ist und sich mit der Reform nichts daran ändern wird. Die Nettoschuld von Glarus beträgt 32 Millionen Franken. Das ist zu hoch, um voll ausgeglichen zu werden, weshalb der Kanton vier Mio. Franken dieser Schuld übernehmen will.

Mit dem Zusammenschluss der Glarner Körperschaften zu zehn Einheitsgemeinden werden starke, finanziell leistungsfähige Gemeinden geschaffen. Diese Ausgleichszahlungen bieten allen Gemeinden eine faire Ausgangsposition und gute Chancen für den Neustart. Finanzielle Solidarität zwischen den reichen und armen Gemeinden für eine positive regionale Entwicklung ist dabei unerlässlich.

Die Gemeindestrukturreform: Ein breit abgestützter, demokratischer Prozess



Zwei politische Vorstösse stehen am Anfang der Gemeindestrukturreform:

- 2003 verlangt ein Glarner Bürger in einem Memorialsantrag die kantonsweite Schaffung von Einheitsgemeinden.
- Im selben Jahr reicht die SVP-Landratsfraktion eine Motion ein, mit der sie die Umstrukturierung des Bildungs- und Sozialwesens verlangt.

Der Regierungsrat analysiert die Situation und entschliesst sich im Dezember 2003, die Gemeindestrukturreform in einem umfassenden Sinn anzugehen. 2004 nimmt eine breit abgestützte, aus rund 50 Personen zusammengesetzte Projektgruppe unter Leitung von Ständerat und Landrat Dr. Fritz Schiesser die Arbeit auf. Sie prüft in zahlreichen Workshops verschiedene Varianten und unterbreitet im Sommer 2005 die Anträge, das Sozial- und Vormundschafswesen dem Kanton zu übertragen sowie neun grosse Einheitsgemeinden zu schaffen. Der Regierungsrat übernimmt die Empfehlungen weitgehend, entscheidet sich jedoch für zehn statt neun Einheitsgemeinden.

Die Strukturreform schafft neue Perspektiven für den Kanton Glarus



Die Kritiker der Gemeindestrukturreform haben das Wort

Im Sinne einer ausgewogenen Information bietet der Regierungsrat den Kritikern die Möglichkeit, Argumente gegen die geplante Gemeindestrukturreform anzuführen. Für die Inhalte auf dieser Seite übernimmt er keine Verantwortung.

Zwangsfusionen

Zwangsfusionen wie sie der Regierungsrat des Kantons Glarus vorsieht, lassen sich mit demokratischen Grundsätzen von Gemeinwesen nicht vereinbaren und sind ein schwerer Eingriff in die Gemeindeautonomie. Noch nie wurden in der Schweiz Gemeinden zusammengeschlossen, ohne dass die direkt betroffene Bevölkerung in den jeweiligen Gemeinden zu dieser zentralen Frage Stellung nehmen und darüber abstimmen konnte. Die Gemeindestrukturreform im Kanton Glarus wird den Gemeinden von oben, d.h. vom Regierungsrat verordnet. Alle von oben verordneten Reformprojekte betreffend Gemeindefusionen sind gescheitert. Jüngstes Beispiel ist der Kanton Schaffhausen; hier musste der Regierungsrat aufgrund von massiven Protesten der betroffenen Gemeinden, die geplante Gemeindefusion als für nicht durchführbar erkennen. Dieses Reformprojekt hatte Vorbildcharakter für die Projektleitung und für den Regierungsrat des Kantons Glarus.

Gemeinden sind über lange Zeit gewachsene Strukturen, die den Einwohnerinnen und Einwohnern Sicherheit und Heimat vermitteln. Gewachsene Strukturen soll man nicht unter Zeitdruck und mit undemokratischen Zwangsfusionen ändern. Ein solches Vorgehen missachtet die demokratischen Rechte der betroffenen Bevölkerung.

Übereiltes Vorgehen

Gemäss Vorlage des Regierungsrates des Kantons Glarus an den Landrat handelt es sich bei der Gemeindestrukturreform im Kanton Glarus um die umfangreichste und tiefgreifendste Reform seit Erlass der Verfassung von 1887.

Eine Gemeindestrukturreform in diesem Ausmass kann mit der notwendigen Gründlichkeit und Seriosität nicht in einem Zeitrahmen von vier Jahren umgesetzt werden. Der Bericht des Regierungsrates an den Landrat über die Gemeindestrukturreform im Kanton Glarus vom 20. September 2005 ist am 6. Oktober 2005 bei den Gemeinden eingegangen. Die Gemeinden, Parteien und Privatpersonen wurden eingeladen, bis zum 26. Oktober 2005, d.h. während den Schulferien, eine Vernehmlassung über dieses komplexe Thema einzureichen. Wahrlich ein Schnellzugtempo der Reformer. Redaktor Ruedi Hertach hat das Ergebnis der Vernehmlassung im Apropos in der Südschweiz wie folgt kommentiert: *Zitat: Offenkundig ist die Regierung bestrebt, sich vom Vernehmlassungsergebnis zur Gemeindestrukturreform bestätigt vorzukommen. Man kann dies insofern nachvollziehen, als sie nicht unnötig Sand ins Getriebe des bereits rollenden Reformzuges bringen will.*

Allerdings muss man beim Blick auf die detaillierten Vernehmlassungsergebnisse sagen: Das Gesamtfazit, das die Regierung aus ihnen zieht, mutet doch etwas gar zweckoptimistisch an. Wenn in den Vernehmlassungen die Verschmelzung von Schul- und Ortsgemeinden nur mit 30 zu 26 gutgeheissen, die Bildung von zehn Einheitsgemeinden mit 19 zu 28 abgelehnt, das Sparpotenzial von 4,5 Mio. mit neun zu 23 verneint und das Bonussystem mit zwölf zu 48 verworfen wird, dann sind das mehr als nur beiläufige Widerstände. Ob man da in der Tat davon sprechen kann, der Reformkurs sei von der Vernehmlassung «bestätigt» worden, ist Ansichtssache.

Fragwürdige Vorteile

Durch die Strukturreform sollen unsere Gemeinden kostengünstiger und effizienter geführt werden können. Die im Jahre 2004 durchgeführte Befragung von 233 Deutschschweizer Gemeinden des Schweiz. Gemeindeverbandes hat gezeigt, dass kleinere Gemeinden einen wesentlich geringeren Personalbestand pro 1000 Einwohner aufweisen und somit kostengünstig und effizient geführt werden.

Beträchtlich sei nach den Berechnungen des Regierungsrates und eines Fachmannes der Spareffekt, der mit der Gemeindestrukturreform erreicht werden könne. Eine Untersuchung der Uni Bern über die Fusion von 22 zu fünf Gemeinden hat ergeben, dass bei drei Gemeinden die Aufwendungen grösser wurden und bei zwei Gemeinden gleich blieben. Ein Zusammenschluss ändert nichts an den Standortnachteilen einer Gemeinde; 90% der Ausgaben einer Gemeinde lassen sich auch mit einer Fusion nicht verringern. Die Dörfer und Siedlungen bleiben in jedem Fall an den heutigen Standorten bestehen und somit auch alle Infrastrukturaufgaben wie Wasser, Wege und Strassen, Elektrizität, Kanalisation, Bauzonen, GEP's, Verbauungen usw.

Mit der vom Regierungsrat des Kantons Glarus geplanten Gemeindestrukturreform wird in etlichen der heute bestehenden Gemeinden der Kundendienst und der Service public für die Bevölkerung enorm abgebaut. Weiter können mit der vorgesehenen Gemeindestrukturreform weder der Rückgang der Bevölkerung, die Überalterung der Bevölkerung, die wirtschaftliche Stagnation, die sinkende Wettbewerbsfähigkeit, die Verkehrsprobleme noch der Leerwohnungsbestand wettgemacht werden.

Zusammenschlüsse müssen gewollt und abgestützt sein

Die heute bestehenden Gemeinden und ihre Exekutiven nehmen ihre Aufgaben eigenverantwortlich wahr und sind in der Lage, wenn es Sinn macht, auf freiwilliger Basis Zusammenschlüsse und Kooperationen zu realisieren. Gemeindefusionen müssen, damit sie nachhaltig positive Wirkung zeitigen, von unten her realisiert werden.

«Komitee gegen Zwangsfusionen im Kanton Glarus»

Präsident: Fridolin Dürst, Gemeindepräsident,
c/o Gemeindekanzlei Obstalden, 8758 Obstalden



Die Herausforderung von heute und morgen bewältigen wir nur, wenn wir mutige Reformen einleiten.

Die Vorlage auf einen Blick

An der Landsgemeinde werden Sie einzeln über folgende Punkte abstimmen können:

1. Bildung von Einheitsgemeinden

Die Schulgemeinden, die Tagwen und die Ortsgemeinden sollen zu Einheitsgemeinden zusammengefasst werden. Dadurch wird die Zahl der Glarner Körperschaften von heute über 70 auf 25 reduziert.

2. Fusion von Einheitsgemeinden

Die 25 Einheitsgemeinden sollen zu zehn Gemeinden zusammengefasst werden.

3. Kantonalisierung des Sozial- und Vormundschaftswesens

Das Sozial- und das Vormundschaftswesen soll dem Kanton übertragen werden.

**Informieren Sie sich über das Reformvorhaben –
kommen Sie an die Podiumsgespräche!**

Die Argumente der Kritiker:

- **Zwangsfusionen:** Die Gemeindestrukturreform wird vom Regierungsrat verordnet und ist ein schwerer Eingriff in die Gemeindeautonomie, die nicht mit den demokratischen Grundsätzen vereinbar ist.
- **Übereiltes Vorgehen:** Sowohl die Vernehmlassungsfrist als auch die Umsetzung bis zum 1. Januar 2011 ist für dieses komplexe Thema übereilt und deshalb undurchdacht.
- **Fragwürdige Vorteile:** Eine Neustrukturierung der Gemeinden löst die Probleme des Kantons nicht. Im Gegenteil – sie bringt Mehrkosten, Identitätsverlust, Abbau des Service public und im Kundendienst und hat damit nachteilige Auswirkungen für den Kanton und sein Image.

Die Argumente des Regierungsrates:

- **Reform als Überlegenstrategie:** Gute Schulen und ein gutes Dienstleistungsangebot sind wichtige Standortvorteile. Grössere Einheiten können ein gesamtheitliches Schulangebot (Tagesstrukturen) und einen guten Service public (Spezialisten, ganztägige Büroöffnungszeiten) anbieten.
- **Sparpotential von jährlich 4.5 Mio. Franken:** Einige Glarner Gemeinden sind aus finanziellen Gründen in ihrer Handlungs- und Entwicklungsfähigkeit stark eingeschränkt. Die Gemeindestrukturreform hebt Doppelspurigkeiten auf, strafft Arbeitsabläufe, reduziert das Arbeitsvolumen und schafft Effizienzgewinne. Zum Bsp. müssen anstelle von über 60 Jahresrechnungen, Budgets, Finanzplanungen nur noch deren 10 erstellt werden.
- **Die direkte Demokratie wird gestärkt:** Die vielen Zusammenarbeitsformen sind kompliziert, unübersichtlich, ineffizient und undemokratisch. Sie führen zu hohen Zusatzkosten und Zusatzaufwänden. Und vor allem: Interkommunale Zusammenarbeitsformen bedeuten in der Regel einen Abbau demokratischer Mitbestimmung auf Gemeindeebene, da Entscheide nicht mehr der einzelnen Gemeinde sondern dem Zweckverband oder Zusammenarbeitskreis vorbehalten sind.
- **Entwicklung setzt Grösse voraus:** Grössere Gemeinden ermöglichen eine verbesserte Raumplanung, was den Kanton Glarus für Investoren interessanter macht. Dies sind wichtige Zeichen die von der Gemeindestrukturreform an die Wirtschaft ausgehen. Die Vorzüge unseres Kantons können in sehr vielen Bereichen besser ausgespielt werden.

Impressum:

Herausgeber:
Regierungsrat des Kantons Glarus

Redaktion:
Fachstelle für Gemeindefragen
Direktion des Innern, 8750 Glarus

Bilder:
Wirtschaftsförderung des Kantons Glarus
Direktion des Innern, 8750 Glarus

Gestaltung und Satz:
Südostschweiz Presse AG, 8750 Glarus

Vertrieb:
Fridolin Druck und Medien, 8762 Schwanden

Die Informationsbroschüre wird an alle Haushaltungen im Kanton Glarus verteilt. Zusatzexemplare können bei der Regierungskanzlei bezogen werden, solange der Vorrat reicht.

kanton **glarus** Öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltungen zur Gemeindestrukturreform

Regierungsrat und Landrat beantragen der Landsgemeinde 2006 das Fürsorge- und Vormundschaftswesen zu kantonalisieren und die Orts-, Schul- und Tagwengemeinden zu zehn Einheitsgemeinden zusammenzuschliessen. Wir möchten die Bevölkerung darüber informieren und laden Sie deshalb zu einer der folgenden öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen ein:

- **Dienstag, 7. März 2006, 20.00 Uhr, Gemeindezentrum Schwanden**
- **Montag, 20. März 2006, 20.00 Uhr, Gesellschaftshaus Ennenda**
- **Montag, 27. März 2006, 20.00 Uhr, Jakobsblick Niederurnen**

Eine Delegation des Regierungsrates sowie Projektleiter Ständerat Dr. Fritz Schieser und Landratskommissionspräsident Martin Landolt werden Ihnen die umfangreichste Gemeindestrukturreform nach der Kantonsverfassung vom 22. Mai 1887 vorstellen und Ihre Fragen beantworten.

8750 Glarus, im Februar 2006

Fachstelle für Gemeindefragen